

NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises
in der 11. Wahlperiode 2019/2024
am Donnerstag, 03.03.2022, 15:00 Uhr

Vorsitzender Landrat Rainer Guth

Sitzungsort: in Form einer Video-Konferenz

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung

Landrat Rainer Guth eröffnet die 14. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Donnersbergkreises fest.

Landrat Guth gibt die Beschlüsse bekannt, die in der letzten Kreistagssitzung in nicht öffentlicher Sitzung gefasst wurden.

II. Erweiterung der Tagesordnung

Aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine soll die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert werden:

- 3.2 Aktuelle Ukraine-Krise
 Resolution des Kreistages Donnersbergkreis
 „Für Frieden, Freiheit und Demokratie – gegen Krieg in der Ukraine“
- 3.3 Aktuelle Ukraine-Krise
 Änderung der Satzung des Donnersbergkreises über die Wahrnehmung von
 Aufgaben nach dem Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber vom
 05.08.1997

Der Kreistag stimmt der Erweiterung um die o.g. TOPs 3.2 und 3.3 einstimmig zu. Der bisherige TOP 3 wird zu TOP 3.1.

10. Antrag der FDP-Fraktion:
Partnerschaft mit einem Rajon (Landkreis) in der Ukraine

Der Kreistag stimmt der Erweiterung um TOP 10 (Antrag der FDP-Fraktion) zu, der bisherige TOP 10 (Mitteilungen und Anfragen) wird zu TOP 11.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme
 1 Enthaltung

III. Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der 12. Sitzung vom 16.11.21
2. Einwohnerfragestunde
- 3.1 Aktuelle Ukraine-Krise
-Information und Austausch
- 3.2 Aktuelle Ukraine-Krise
Resolution des Kreistages Donnersbergkreis
"Für Frieden, Freiheit und Demokratie - gegen Krieg in der Ukraine"
- 3.3 Aktuelle Ukraine-Krise
Änderung der Satzung des Donnersbergkreises über die Wahrnehmung von
Aufgaben nach dem Gesetz zur Neuregelung an Asylbewerber vom 05.08.1997
4. Bestätigungswahlen für den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg
5. Bericht der Inklusionsbeauftragten
6. Leitfaden bzw. Leitlinien zur Interkulturellen Öffnung
7. Zustimmung zur Verbandsordnung ZÖPNV

8. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion:
Fusionsgespräche der Sparkassen Donnersberg und Rhein-Haardt
9. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen:
Antrag zum Ausbau der Schienenstrecke Kirchheimbolanden - Alzey - Mainz und
Machbarkeitsstudie zur Wiederherstellung des Lückenschlusses zwischen
Kirchheimbolanden und Marnheim
10. Antrag der FDP-Fraktion: Partnerschaft mit einem Rajon (Landkreis) in der Ukraine
11. Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

- 1.1 Personalangelegenheiten
-Einstellung einer Veterinärärztin/eines Veterinärarztes
- 1.2 Personalangelegenheiten
-Einstellung einer Ärztin
- 1.3 Personalangelegenheiten
- Beförderung

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 12. Sitzung
vom 16.11.21

I. Sachverhalt

Es werden keine Änderungswünsche vorgetragen.

II. Beschluss

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt die Niederschrift der 12. Sitzung am 16.11.2021.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

I. Sachverhalt

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Frau Jaqueline Rauschkolb (SPD) bedankt sich für das gute Angebot. Sie weist darauf hin, dass man nochmals auf der ‚Ukraine-Seite‘ deutlich mache, zunächst von Sachspenden abzusehen.

Herr Michael Cullmann (SPD) bittet, dies differenziert zu betrachten, er wisse, dass medizinische Sachspenden willkommen seien und der Transport könne seitens der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land dann auch organisiert werden. Nähere Informationen finde man auf der Homepage der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land.

Landrat Guth sagt zu, dies noch in die ‚Ukraine-Seite‘ einzubinden. Ansonsten wisse man, dass Sachspenden oft mehr Stau als Hilfe bilden würden. Er dankt Herrn Stollhof für die schnelle Erstellung der Homepage.

Zu Punkt 3.2 der Tagesordnung: Aktuelle Ukraine-Krise
 Resolution des Kreistages Donnersbergkreis
 "Für Frieden, Freiheit und Demokratie - gegen
 Krieg in der Ukraine"

I. Sachverhalt

Landrat Guth stellt die korrigierte Fassung (03.03.2022) der von der Verwaltung vorgeschlagenen Resolution vor:

„Seit dem 24. Februar 2022 sind die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, die politisch Verantwortlichen nicht nur im Donnersbergkreis geschockt und betroffen und verurteilen den Angriff auf die Ukraine scharf.

Mit dem Angriff auf die Ukraine hat der russische Präsident den Krieg zurückgebracht nach Europa und damit das Völkerrecht verletzt und eine Vielzahl von internationalen Verträgen gebrochen. Damit nimmt Russlands Regierung viele Tote und Verletzte in Kauf.

Es war und ist immer noch nicht vorstellbar, dass ein Krieg vor unserer Haustür stattfindet. Aber auch, dass Menschen, die Freunde, Familien oder Geschäftspartner in unserer Region haben, bedroht werden und um ihr Leben, ihre Existenz, ihre Zukunft fürchten.

Dieser Krieg gefährdet den Frieden in Europa und der Welt.

Dieser Krieg bereitet auch den Menschen im Donnersbergkreis Ängste und Sorgen.

Der Donnersbergkreis steht an der Seite der Ukraine und der Menschen dort.

Der Donnersbergkreis steht für Frieden, Freiheit und Demokratie und an der Seite der Menschen, die dafür friedlich demonstrieren, auch in Russland und damit ein Zeichen der Solidarität setzen.

Der Donnersbergkreis wird gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz seinen Beitrag zur Unterstützung und Betreuung von Vertriebenen und Geflüchteten aus der Ukraine leisten.

Die Kreisverwaltung sowie die Verbandsgemeindeverwaltungen haben das Bestreben, die Menschen, die bei uns angekommen sind und in nächster Zeit bei uns ankommen werden, herzlich zu empfangen und ihnen Unterkunft und Versorgung zu bieten.

Dafür wird auch die Mithilfe und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger benötigt.“

Herr Helmut Schmidt (Die Linke) wird dem Beschlussvorschlag zustimmen, bittet aber um eine Ergänzung. Im März 1999 habe mitten in Europa ein völkerrechtswidriger Krieg in Jugoslawien stattgefunden. Er möchte, dass folgender Text deshalb mit in die Resolution in Absatz 2 aufgenommen werde:

„Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine hat der russische Präsident das Völkerrecht gebrochen – so wie allerdings bereits 1999 die NATO, als diese ebenfalls völkerrechtswidrig die Republik Jugoslawien angriff und bombardierte.“

Herr Gustav Herzog (SPD) widerspricht Herrn Helmut Schmidt dahingehend, dass 1999 nicht ein Staat einen anderen angegriffen habe, sondern ein Bürgerkrieg stattgefunden habe. Damals hätten die serbischen Nationalisten einen Völkermord im Kosovo vorbereitet. Eine entsprechende UN-Resolution im Sicherheitsrat sei von den Veto-Mächten Russland und China damals verhindert worden.

Die aktuelle Situation unterscheide sich von damals, noch niemals vorher habe es in einer Sondersitzung der UN-Vollversammlung ein so klares Votum wie diese Woche gegeben, in der Russland verurteilt worden sei.

Er bittet daher um die Beibehaltung des Wortlautes in der vorgelegten Form.

Auch ist er der Meinung, dass die Resolution klar herausstelle, dass die Verantwortung für den Krieg beim russischen Präsident und bei der russischen Regierung und nicht beim Volk liege. Man müsse hier aufpassen, dass kein allgemeines Ressentiment gegen Menschen, die aus Russland hierhergekommen seien oder Russen, die hier wohnen würden, ausgesprochen werde.

Herr Christian Ritzmann (FDP) ist der Meinung, dass man nicht der russische Präsident, sondern ihn beim Namen nennen und „der russische Präsident Putin“ einfügen sollte. Auch er habe ein unangenehmes Gefühl und befürchtet, dass in der aktuellen Anspannung in kleinen Teilen der Gesellschaft eine Russen-Feindlichkeit aufkommen könne. Es solle keine Verbindung zwischen dem mittlerweile vor dem Kriegsgericht stehenden Präsidenten Putin und den hier lebenden Russen, aber auch den in Russland lebenden Menschen, die jetzt auf die Straße gingen, hergestellt werden.

Frau Lisett Stuppy (Bündnis 90/Die Grünen) dankt für die kurzfristige Aufnahme des Punktes auf die Tagesordnung und ist fassungslos und betroffen über den Krieg mitten in Europa. Sie spricht sich für die Aufnahme des Namens „Putin“ in die Resolution auf. Sie betont die gemeinsame Verantwortung und Reaktion, nämlich als Aufgabe der Zivilgesellschaft und allen politischen Ebenen solidarisch zu sein und zu handeln. Sie dankt allen, die schon Hilfe und Unterstützung leisten und dies noch tun werden. Die Fraktion B90/Die Grünen werde der Resolution zustimmen.

Herr Michael Cullmann (SPD) weist auch nochmals auf die Unterscheidung des Krieges in Jugoslawien und der jetzigen Situation hin. Jede Relativierung sei hier nicht zutreffend. Seines Erachtens solle die Resolution dahingehend erweitert werden, dass im 2. Absatz zusätzlich bei „nimmt Tote und Verletzte - *selbst in der eigenen Bevölkerung* - in Kauf“. Auch er spricht sich für die Verdeutlichung des Unterschiedes zwischen den dort leidenden und trauernden Menschen und den Menschen in der Regierungsverantwortung aus.

Herr Helmut Schmidt (Die Linke) distanziert sich von einer Relativierung und zeigt sein Entsetzen von den derzeitigen Geschehnissen. Seine Absicht war es, dass das Geschehene in Jugoslawien nicht vergessen und unter den Tisch fallen gelassen werde.

Landrat Guth stellt folgende Anträge zur Abstimmung:

1. Soll der Krieg in Jugoslawien unter Beteiligung der NATO - wie von Herrn Schmidt vorgeschlagen – mit in die Resolution aufgenommen werden?

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
 0 Enthaltungen
 34 Nein-Stimmen

Der Antrag zur Aufnahme in die Resolution ist somit abgelehnt.

2. Soll der Name des Präsidenten „Putin“ – wie von Herrn Ritzmann vorgeschlagen – mit in die Resolution aufgenommen werden?

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag ist somit angenommen.

3. Soll der Teilsatz „selbst in der eigenen Bevölkerung“ bei somit nimmt Russlands Regierung viele Tote und Verletzte in Kauf – wie von Herrn Cullmann vorgeschlagen- mit in die Resolution aufgenommen werden?

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag ist somit angenommen.

Landrat Guth stellt im Anschluss die unter Einbeziehung der Änderungen genannte Fassung der Resolution zur Abstimmung.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt der Resolution „Für Frieden, Freiheit und Demokratie – gegen Krieg in der Ukraine“ in der nachfolgend geänderten Fassung zu:

Resolution des Kreistages des Donnersbergkreises „Für Frieden, Freiheit und Demokratie – gegen Krieg in der Ukraine“

Seit dem 24. Februar 2022 sind die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, die politisch Verantwortlichen nicht nur im Donnersbergkreis geschockt und betroffen und verurteilen den Angriff auf die Ukraine scharf.

Mit dem Angriff auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin den Krieg zurückgebracht nach Europa und damit das Völkerrecht verletzt und eine Vielzahl von internationalen Verträgen gebrochen. Damit nimmt Russlands Regierung viele Tote und Verletzte, selbst in der eigenen Bevölkerung, in Kauf.

Es war und ist immer noch nicht vorstellbar, dass ein Krieg vor unserer Haustür stattfindet. Aber auch, dass Menschen, die Freunde, Familien oder Geschäftspartner in unserer Region haben, bedroht werden und um ihr Leben, ihre Existenz, ihre Zukunft fürchten.

Dieser Krieg gefährdet den Frieden in Europa und der Welt.

Dieser Krieg bereitet auch den Menschen im Donnersbergkreis Ängste und Sorgen.

Der Donnersbergkreis steht an der Seite der Ukraine und der Menschen dort.

Der Donnersbergkreis steht für Frieden, Freiheit und Demokratie und an der Seite der Menschen, die dafür friedlich demonstrieren, auch in Russland und damit ein Zeichen der Solidarität setzen.

Der Donnersbergkreis wird gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz seinen Beitrag zur Unterstützung und Betreuung von Vertriebenen und Geflüchteten aus der Ukraine leisten.

Die Kreisverwaltung sowie die Verbandsgemeindeverwaltungen haben das Bestreben, die Menschen, die bei uns angekommen sind und in nächster Zeit bei uns ankommen werden, herzlich zu empfangen und ihnen Unterkunft und Versorgung zu bieten.

Dafür wird auch die Mithilfe und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger benötigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 3.3 der Tagesordnung: Aktuelle Ukraine-Krise
 Änderung der Satzung des Donnersbergkreises
 über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem
 Gesetz zur Neuregelung an Asylbewerber vom
 05.08.1997

I. Sachverhalt

„Der Krieg in der Ukraine führt dazu, dass vor allem Frauen und Kinder flüchten und in der Europäischen Union um Hilfe bitten.

Der EU-Rat werde voraussichtlich am heutigen Donnerstag, 03.03.2022, die Aktivierung der „Massenzustrom“-Richtlinie (Richtlinie 2001/55/EG) aktivieren. Es wird derzeit mit einem zustimmenden Ratsbeschluss gerechnet, in dem dann auch die begünstigte Personengruppe bestimmt werden muss. Danach wird es möglich Aufenthaltserlaubnisse nach § 24 Abs. 1 AufenthG zu erteilen, ohne dass ein Asylverfahren zu durchlaufen ist.

Personen, die nach § 24 AufenthG wegen Krieges in ihrem Heimatland aufgenommen werden, haben nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz Anspruch auf Leistungen. Das umfasst in den ersten 15 Monaten einen eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung.

Vom Landkreistag Rheinland-Pfalz wurden wir informiert, dass es offenbar auch Überlegungen gibt, die Versorgung der Vertriebenen nicht über das AsylbLG, sondern über das SGB II/SGB XII sicherzustellen. Näheres dazu ist noch nicht bekannt.

Privat untergekommene ukrainische Staatsangehörige, die bei uns oder den Verbandsgemeindeverwaltungen vorsprechen, werden darauf hingewiesen, dass in den nächsten Tagen mit einer Regelung zu rechnen ist und gebeten, dass sie vorläufig am Aufenthaltsort bei Freunden oder Verwandten verbleiben sollen.

Bei Notfällen besteht jedoch die Möglichkeit, sich an die Sozialämter bei den Verbandsgemeindeverwaltungen zu wenden, die dann Hilfe nach § 23 Abs. 3 SGB XII

gewähren werden. Da die Wahrnehmung von Aufgaben nach dieser Bestimmung bisher nicht auf die Verbandsgemeinden übertragen wurde, soll § 1 Abs. 1 des Delegationssatzung um die Ziffer 6 Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer nach § 23 Abs. 3 SGB XII ergänzt werden.

Der Satzungsentwurf ist der Vorlage beigefügt.

Ukrainische Staatsangehörige mit unmittelbarem Unterbringungsbedarf können auch auf das Asylverfahren und die damit einhergehende Wohnpflicht in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber verwiesen werden.“

Herr Cullmann (SPD) bittet um Übernahme der Krankenhilfe durch den Kreis, wie dies in der bisherigen Delegationssatzung auch geschehen sei. Er bittet ferner, dass man auch der Personalbedarf seitens der Kommunalaufsicht berücksichtigt werde.

Landrat Guth erklärt, dass die Sicherung der Gesundheit insgesamt und damit die Krankenhilfe beim Kreis verbleibe.

Frau Rita Beck (B90/Die Grünen) interessiert, ob die Ansiedlung der Krankenhilfe wegen der Nähe zu den Bürgerinnen/Bürger bei den Verbandsgemeinden nicht effektiver sei.

Frau Judith Mattern-Denzer (Abteilungsleitung Soziales) informiert, dass die Ausgabe der Krankenscheine direkt bei den Verbandsgemeindeverwaltungen erfolge. Ausnahme sei die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden, hier würden die Krankenscheine direkt bei der Kreisverwaltung ausgegeben. Die kostentechnische Abwicklung erfolge dann durch die Kreisverwaltung für alle Verbandsgemeinden. Die Abholung der Scheine würde also ganz unbürokratisch erfolgen, die Krankenscheine lägen bei den Verbandsgemeindeverwaltungen entsprechend schon vorbereitet.

II. Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem vorliegenden Entwurf der Satzung des Donnersbergkreises über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Bestätigungswahlen für den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg

I. Sachverhalt

„Nach § 5 Abs. 1 des Sparkassengesetzes (SpkG) in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Satzung des Donnersbergkreises für die Sparkasse Donnersberg gehören dem Verwaltungsrat u. a. Sparkassenmitarbeiter an, die zuvor durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse in geheimer und unmittelbarer Wahl gewählt werden (§ 6a Abs. 1 Satz 2 SpkG).

Gemäß § 6a Abs. 1 Satz 3 SpkG bedürfen die Mitarbeitervertreter/innen einer Bestätigungswahl durch den Kreistag.

Folgende Mitarbeitervertreter/innen waren bisher im Verwaltungsrat der Sparkasse vertreten:

Mitglieder	Stellvertreter/in
Kaufhold, Klaus	Christmann, Gerhard
Leber, Susanne	Bollmus, Julia
Hanauer, Gerd	Stummann, Philipp
Spieß, Monika	Fischer, Jennifer
Jung, Rüdiger	Schmidt, Susanne

Mit Schreiben vom 28.12.2021 teilte die Sparkasse Donnersberg mit, dass Frau Monika Spieß zum 31.12.2021 bedingt durch den Eintritt in die Altersteilzeit-Freistellungsphase aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg ausscheidet.

Als Ersatzperson für Frau Monika Spieß soll künftig Herr Gerhard Christmann, der bisher Herr Klaus Kaufhold vertreten hat, die Funktion als ordentliches Mitglied übernehmen.

Frau Tina Keller soll als zukünftiges stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat nachrücken und Herr Klaus Kaufhold vertreten.“

Ein Vorverfahren wurde am 17.02.2022 gestartet. Es bestehen keine Einwendungen gegen die Durchführung der Bestätigungswahl in Form der Video-Konferenz.

Gegen die offene Abstimmung per Handzeichen bestehen auf Frage von Herrn Landrat Guth keine Bedenken seitens des Gremiums.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Gerhard Christmann zum ordentlichen Mitglied und Frau Tina Keller als Stellvertreterin von Herrn Klaus Kaufhold in den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht der Inklusionsbeauftragten

I. Sachverhalt

Frau Susanne Röß, Inklusionsbeauftragte des Donnersbergkreises, stellt Ihren Tätigkeitsbericht, anhand der beigefügten Präsentation.

Landrat Guth dankt für den Vortrag über die letzten zweieinhalb Jahre, in der die Arbeit stark von der Pandemie beeinträchtigt gewesen sei. Der Paradigmenwechsel, die Gesellschaft für Beeinträchtigte zu öffnen und nicht die Anpassung der Beeinträchtigten an die Gesellschaft weiter zu verlangen, wurde lange diskutiert und müsse weiter ins Bewusstsein rücken, er dankt hier für die genannten Impulse.

Herr Rudolf Jacob (CDU) bedankt sich für den Bericht und das Engagement von Frau Röß, die ein großes Know how besitze. Durch den Bericht sei verdeutlicht worden, dass die Einrichtung der Stelle und die geleistete Arbeit unbedingt notwendig sei. Perspektivisch müsse überlegt werden, ob die Stelle nicht als hauptamtliche Stelle anzusiedeln sei, um

weitere Aufgaben übernehmen zu können. Man habe eine Zeitenwende erlebt und man müsse sich strukturell ggf. anders aufstellen.

Frau Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) dankt Frau Röß für das ehrenamtliche Engagement und stimmt dem Gedanken von Rudolf Jacob zu, die Strukturen im Kreis für die Aufgabenbewältigung näher zu betrachten und ggf. auszubauen. Es müssten „alle Menschen“, also auch die beeinträchtigten, bei Planungen und dem Bau von neuen Gebäuden etc. mitgedacht werden. Insbesondere in den Bereichen Bildung und Ausbildung könnten noch Verbesserungen erzielt werden. Bei der Mobilität sei Barrierefreiheit sehr wichtig, sie fände es gut, dass zu gegebener Zeit Frau Röß bei der Erstellung des Mobilitätskonzeptes ihre Erfahrungen mit einfließen lasse. Der Bericht gebe Anstöße und Grundlagen für die politische Arbeit.

Herr Dr. Groskurt (B90/Die Grünen) merkt an, dass die Arbeit in den Werkstätten sich in den letzten Jahren verändert habe. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Altersvorsorge für Menschen in Werkstätten sehr wichtig sei und dass man diesen Aspekt nicht vergessen dürfe.

Frau Röß betont, dass es ihr auf keinen Fall um die Abschaffung von Werkstätten gehe, das Gegenteil sei der Fall. Ebenso sei sie nicht für die Abschaffung von Förderschulen. Man brauche diese Einrichtungen. Vor nicht allzu langer Zeit habe es jedoch auf dem ersten Arbeitsmarkt keinerlei Möglichkeiten für beeinträchtigte Menschen gegeben. Ihrer Ansicht nach müsse es jedoch weitere Möglichkeiten neben der Werkstatt geben.

Frau Christa Mayer (SPD) bedankt sich für den Vortrag und dankt für die vorgebrachten Themen und Anregungen. Das Thema Inklusion müsse immer wieder fokussiert werden. Als Schulleiterin ist sie der Meinung, dass mehr Förderlehrer und Schulassistenzen benötigt werden. Sie findet es schade, dass die Gymnasien bei der Inklusion immer noch außen vor seien. Auch sie sieht ebenfalls die Notwendigkeit von mehr bzw. hauptamtlichen Personal in diesem Bereich, allerdings sehe sie auch die Gefahr, dass Bürokratie aufgebaut werde. Inklusion in Schulen sollte folglich stärker in den Fokus genommen werden mit mehr personeller Unterstützung vor Ort. Nach ihrer Einschätzung stagniere die Förderung in Schulen derzeit.

Herr Alexander Groth (FWG) nutzt die Gelegenheit, sich im Gremium als betroffener Vater zu äußern. Zunächst lobt und dankt er den Mitarbeiter/innen der Sozialabteilung für die engagierte und gute Arbeit, er habe sich nie alleingelassen gefühlt.

Das Thema Mobilität über die Kreisgrenze hinaus sei sehr schwierig. Sein Sohn gehe in die Werkstatt nach Nieder-Olm, müsse von Kirchheimbolanden über Alzey nach Nieder-Olm fahren und dort noch einen Fußweg zurücklegen. Eine Begleitperson sei nicht möglich. Für einen beeinträchtigten Menschen sei dies eine Herausforderung. Hier müsse es für gehandicapte Personen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Kreises Verbesserungen geben, auch in Bezug auf Kostenerstattungen.

Weiterhin sind ihm Unterbringungsmöglichkeiten für Schwerbehinderte im Kreis sehr wichtig und das Angebot müsste seiner Meinung nach noch erweitert werden. Seine Tochter konnte nur außerhalb des Kreises untergebracht werden, die Einbindung in die Familie gestalte sich deshalb aufgrund der Entfernungen oftmals sehr schwierig.

Man habe viel erreicht in den letzten 20 Jahren, aber man sei noch nicht am Ziel, und es sei sicherlich noch ein steiniger Weg zu bewältigen.

Frau Simone Huth-Haage (CDU) dankt Frau Röß und bezeichnet sie als Glücksfall für das Amt. Sie greift nochmals das Thema Werkstätten versus Erster Arbeitsmarkt auf. Sie ist der Meinung, man brauche beides. Sie fragt nach, ob Frau Röß bezüglich der Werkstätten etwas zum Thema Mindestlohn sagen könne und warum die Situation bei den Förderlehrern so schwierig sei und was getan werden könne, um mehr Lehrer mit dieser Qualifikation zu bekommen.

Frau Röß antwortet dahingehend, dass Mindestlohn ein Thema in den Werkstätten sei. Ihr sei jedoch nicht bekannt, inwieweit dieser dem allgemeingültigen Mindestlohn angepasst wurde. Lange Zeit sei es so gewesen, dass man von dem Einkommen aus der Werkstatt nicht selbständig leben konnte.

Förderlehrer gebe es derzeit zu wenige. Zwischenzeitlich würden mehr Menschen diesen Studiengang wählen, jedoch dauere es noch eine Weile, bis diese an den Schulen eingesetzt werden könnten. Der Bedarf sei viel höher als Lehrkräfte ausgebildet seien.

Landrat Guth ergänzt hierzu, dass die Förderschulen die am stärksten wachsenden Schulen im Kreis seien. Es sei u.a. auch ein Ausfluss der verdichteten Kita-Sozialarbeit und Grundschul-Sozialarbeit. Man sei bei der Entwicklung noch nicht am Ende.

Frau Claudia Manz-Knoll (SPD) möchte ein weiteres Thema mit einbringen, und zwar die Perspektiven für die Menschen, die beispielsweise durch Krankheit in eine Schwerbehinderung rutschen. Viele Menschen könnten dann nur noch schwer für sich sprechen. Es gebe viele Menschen, die noch nicht die „Minderleister“ auf dem Arbeitsmarkt seien und sich dort Akzeptanz und Wertschätzung wünschen würden. Sie sehe hier noch großes Potenzial und Möglichkeiten im Kreis, diesen Menschen durch Inklusionsgedanken Unterstützungen anzubieten, z. B. durch Selbsthilfegruppen.

Frau Röß dankt für den Hinweis und erläutert, dass bei 3 % der Menschen die Beeinträchtigungen angeboren seien und bei 97 % diese erst im Laufe des Lebens hinzukämen.

Herr Michael Groß (SPD) erscheint um 16.40 Uhr zur Sitzung.

Frau Mayer (SPD) geht nochmals auf den Beitrag von Frau Huth-Haage ein. Hilfestellungen könnten auch durchaus pädagogische Fachkräfte übernehmen, Nicht jeder Mensch sei für diese Arbeit jedoch geeignet. Man müsse an dem Thema dranbleiben und auch verdeutlichen, dass eine Beeinträchtigung jeden treffen könne.

Herr Gernot Koch (FWG) zeigt nochmals die Bedarfe bezüglich der behindertengerechten Haltestellen auf, worauf Landrat Guth antwortet, dass das u. a. ein Teil des Nahverkehrskonzeptes sein werde.

Landrat Guth fasst zusammen, dass man viele Bedürfnisse aufgezeigt habe und Ideen habe, die noch umgesetzt werden könnten und müssten. Das Thema werde rechtlich verankert, er hoffe, dass es auch entsprechend finanziell unterstützt werde.

Er lädt Frau Röß zu einem Gespräch ein - zusammen mit ihm und der Sozialabteilung -, um die Möglichkeiten des Kreises zu fokussieren.

Frau Röß dankt für die Möglichkeit der Berichterstattung und möchte ebenfalls der Sozialabteilung des Kreises ein Lob aussprechen, da nach ihren Erfahrungen jeder, der Hilfe benötige, auch entsprechende Hilfe bekomme.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Leitfaden bzw. Leitlinien zur Interkulturellen
Öffnung

Der Kreistag des Donnersbergkreises erteilt seine Zustimmung, dass TOP 7 aufgrund einer Terminüberschneidung von Herrn Michael Heilmann, Verbandsdirektor ZSPNV Rheinland-Pfalz Süd, vor TOP 6 beraten wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

I. Sachverhalt

Landrat Guth berichtet, im September 2021 habe man im Kreistag den Beschluss für eine Leitlinie gefasst. Man habe jedoch viele Akteure, die zu beteiligen sind. Man wolle hier einen Zwischenstand geben und um Zustimmung zur weiteren Vorgehensweise bitten.

Frau Judith-Mattern-Denzer (Abteilungsleitung Soziales) stellt anhand der Präsentation die bisher erarbeiteten Punkte und Ideen der einzelnen Handlungsfeldern vor und das geplante weitere Vorgehen vor.

Herr Bernd Frey (SPD) verlässt um 17.35 Uhr die Video-Konferenz.

Landrat Guth dankt für den Vortrag und erklärt, dass das Thema um den Leitfaden stetig gewachsen sei. Dieser soll auf ein festes Fundament gestellt werden und es sollte vorab mit allen Facetten betrachtet werden. Es bleibt seines Erachtens nach nur der partizipative Ansatz: Alle Beteiligten sollen für dieses Projekt zusammengebracht werden. Hier handele es sich um einen Rohentwurf, der noch mit Leben gefüllt werden müsse.

Frau Christa Mayer (SPD) dankt für die Übersicht und Darlegung der Handlungsfelder, die Vorgehensweise könne selbstverständlich unterstützt werden. Ihr fehle jedoch die Wertevermittlung und bittet um Beschreibung und Aufnahme als gesondertes Handlungsfeld. Sie fragt nach, wie groß die angedachten Workshops sein sollen.

Landrat Rainer Guth ist der Meinung, dass die Workshops zunächst offengehalten werden sollten. Es werde ein umfassendes Ergebnis geben und es müssten auch entsprechend viele mit ins Boot.

Frau Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) findet es sehr positiv, dass der Donnersbergkreis die Bemühungen in diesem Bereich intensivieren und fortführen möchte. Sie erkundigt sich nach dem Zeitplan des Projektes, da es sich um Themen handele, die zügig bearbeitet werden müssten. Ferner möchte sie wissen, wer Ansprechpartner sein wird.

Frau Judith Mattern-Denzer teilt mit, dass sie selbst Ansprechpartnerin sein werde. Als die Vorlage auf den Weg gebracht wurde, war das Thema Ukraine so nicht absehbar. Dies stehe natürlich jetzt erst einmal im Vordergrund und man sei primär verpflichtet, hier Hilfe zu leisten. Jedoch plane man im Frühjahr – ggf. draußen – mit dem Eröffnungsworkshop zu starten und danach zügig in Arbeitsgruppen überzugehen.

Landrat Guth ist optimistisch, dass man es bis zum Jahresende hinbekommen könne. Es laufe neben den Pflichtaufgaben her, jedoch sehe man, dass diese Themen brennen und grundsätzlich keinen Aufschub dulden würden.

Frau Stuppy ist erfreut, dass der Prozess einen Zeitplan habe und Themen und einzelne Bausteine (wie z. B. die Integreat-App und Arbeitsmarktintegration) auch früher angeschoben und umgesetzt werden können, als das gesamte Projekt.

Landrat Guth bestätigt, dass hier bereits Maßnahmen angestoßen wurden.

II. Beschluss:

Der Kreistag stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur Erstellung eines Leitfadens bzw. Leitlinien zur Interkulturellen Öffnung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Zustimmung zur Verbandsordnung ZÖPNV

Der Kreistag des Donnersbergkreises erteilt seine Zustimmung, dass TOP 7 aufgrund einer Terminüberschneidung von Herrn Michael Heilmann, Verbandsdirektor ZSPNV Rheinland-Pfalz Süd, vor TOP 6 beraten wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

I. Sachverhalt

„Am 13.02.2021 ist das neue Nahverkehrsgesetz (NVG) Rheinland-Pfalz in Kraft getreten, welches die bisherige gesetzliche Regelung aus dem Jahr 1995 ersetzt hat. Die wesentlichen Kernpunkte des neuen NVG sind:

1. Der Landesnahverkehrsplan (Fertigstellung bis Ende 2023, hierüber Konkretisierung der ÖPNV-Pflichtaufgabe und der landesweiten Standards des ÖPNV),
2. die Schaffung von sogenannten Regionalausschüssen zur ergänzenden Beratung der Themen des öffentlichen Personennahverkehrs auf regionaler Ebene,
3. die gesetzliche Etablierung der Verkehrsverbände, da diese im alten Gesetz faktisch keine Erwähnung fanden. Der Grund hierfür war, dass im Jahr 1995 (außer einem noch sehr kleinen Verkehrsverbund Rhein-Neckar) in Rheinland-Pfalz noch keinerlei Verbundstrukturen bestanden.
4. Weiterentwicklung der bisherigen Zweckverbände Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd und Nord in zwei Zweckverbände Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd und Nord
5. Grundidee des Gesetzes: „ÖPNV aus einem Guss“ durch enge Kooperation aller Partner.

Auf Basis dieser neuen gesetzlichen Grundlagen entstand die Erfordernis, die bisherige Verbandsordnung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd grundlegend zu überarbeiten. Dieser ist heute im Wesentlichen zuständig für die Planung, Finanzierung und Organisation des Schienenpersonennahverkehrs im südlichen Rheinland-Pfalz.

Die Verbandsordnung des neuen Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZÖPNV RLP Süd), der aus dem heutigen Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV Süd) weiterentwickelt wird, wurde in der Verbandsversammlung des ZSPNV Süd am 13.12.2021 einstimmig beschlossen. Auf Basis dieses Grundsatzbeschlusses erfolgen nun die Beschlüsse in den Gremien der bisherigen Mitglieder des ZSPNV Süd sowie der vier neuen Mitglieder (Städte Bingen, Bad Kreuznach, Ingelheim, Idar-Oberstein) des künftigen ZÖPNV RLP Süd.

Zentrale Punkte der neuen Verbandsordnung des ZÖPNV RLP Süd:

Die neue Organisationsstruktur bildet im Wesentlichen die Organisationsveränderungen in den letzten Jahren ab, da es zum Zeitpunkt des alten Nahverkehrsgesetzes faktisch keine Verkehrsverbände gab. Zum besseren Verständnis der künftigen ÖPNV-Organisationsstruktur ist diese in **Anlage 1, Folie 6**, grafisch dargestellt.

Zu den zentralen Punkten der neuen Verbandsordnung des ZÖPNV RLP Süd, die in der **Anlage 2** beigefügt ist, gehören die folgenden Aspekte:

1. Hauptziel der neuen Verbandsordnung ist die verbesserte Kooperation der bisherigen Schienenzweckverbände und der Verkehrsverbände zur Schaffung eines ÖPNV-Angebotes „aus einem Guss“. Schon heute besteht im Süden des Landes eine enge Kooperation zwischen dem ZSPNV Süd und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) auf politischer und Managementebene. Eine ähnlich enge Verknüpfung zwischen dem künftigen ZÖPNV Süd und dem Rhein-Nahe Nahverkehrsverbund (RNN) ist daher ebenfalls anzustreben.
2. Im künftigen ZÖPNV RLP Süd nimmt die Geschäftsstelle in Kaiserslautern (zentrale Geschäftsstelle des ZÖPNV RLP Süd) wie heute alle Aufgaben im

Hinblick auf die Planung, Finanzierung und Organisation des Schienenpersonennahverkehrs wahr.

3. Die regionalen Buslinien, die unter die Finanzierungsregeln nach § 16 Abs. 7 NVG fallen (sog. Regionale Hauptlinien), sind Teil der Linienbündel in den Verkehrsverbänden. Dabei obliegt deren Planung und Gestaltung den Regionalausschüssen in Abstimmung mit der zentralen Geschäftsstelle des ZÖPNV Süd sowie dem für den ÖPNV zuständigen Ministerium, die ebenfalls Partner der jeweiligen Kooperations- und Finanzierungsverträge werden.

4. Im ZÖPNV Süd werden zwei Regionalausschüsse gebildet: der Regionalausschuss Rheinhessen-Nahe sowie der Regionalausschuss Pfalz:

Die Regionalausschüsse nehmen nach § 7 Abs. 4 NVG innerhalb ihres jeweiligen Regionalausschussgebietes die Aufgaben der Gestaltung des Verbundtarifs, des Vertriebs, der Einnahmeaufteilung, der Fahrgastinformation, des Marketings und der verkehrlichen Planung (für den lokalen Busverkehr) für den Zweckverband wahr.

- Im Bereich der Region Rheinhessen-Nahe wird der heutige Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Nahe (ZRNN) zum Regionalausschuss Rheinhessen-Nahe weiterentwickelt. Die regionale Geschäftsstelle ist in Ingelheim, die gleichzeitig die Geschäftsstelle des Rhein-Nahe Nahverkehrsverbundes ist.
- Der Regionalausschuss Rheinhessen-Nahe bedient sich zur Durchführung der in § 7 Abs. 4 NVG definierten Aufgaben des Zweckverbandes Rhein-Nahe Nahverkehrsverbund bzw. der RNN GmbH als regionale Geschäftsstelle.
- Im Bereich der Pfalz bedient sich der Regionalausschuss Pfalz zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben aufgrund der Sonderstellung des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (Dreiländerverbund Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg) des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN).

5. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verbandssatzung ändert sich die Stimmengewichtung in der Verbandsversammlung. Heute hat jedes Mitglied (auch das Land Rheinland-Pfalz) eine Stimme. Künftig erfolgt die Stimmengewichtung entsprechend der Einwohnerzahl (**Anlage 3**).

Die detaillierten Unterschiede zwischen der heutigen Verbandsordnung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd und des künftigen Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd sind in der beigefügten Power-Point-Präsentation dargestellt (**Anlage 1**).

Anlage 1 Präsentation 65. Verbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd am 13.12.2021, TOP 5 neue Verbandsordnung ZÖPNV RLP Süd

Anlage 2 Verbandsordnung ZÖPNV RLP Süd

Anlage 3 Stimmenverhältnisse ZÖPNV RLP Süd“

Herr Landrat Guth begrüßt zu diesem TOP Herrn Verbandsdirektor des ZSPNV Rheinland-Pfalz Süd, Herrn Michael Heilmann, der anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die neue Verbands-ordnung des Zweckverbandes den Gremienmitgliedern vorstellt.

Landrat Guth dankt Herrn Heilmann für den Vortrag, sein Engagement und die gute Zusammenarbeit. Es seien lang andauernde Diskussionen im Vorfeld gewesen, am Ende hätte es jedoch einen breiten Konsens zur neuen Verordnung gegeben. Er dankt Herrn Heilmann, da man mit ihm immer zeitnahe Ergebnisse verzeichnen könne und er in allen Bereichen stets als Ansprechpartner zur Verfügung stehe.

Herr Michael Cullmann (SPD) teilt mit, in der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land gebe es die Grenzsituation VRN und RNN. Er fragt nach, ob hier zukünftig mit einer Verbesserung gerechnet oder eine gemeinsame Struktur erwartet werden könne, so dass die Übergangstarife entfallen könnten.

Herr Heilmann ist der Meinung, dass man hier nochmals ins Gespräch gehen müsse. Es könnte seiner Ansicht nach ab dem Inkrafttreten der Neuvertrages beim Schienenverkehr ab

Dezember 2023 einfacher werden, tarifliche Regelungen umzusetzen. Er werde auf jeden Fall dieses Thema in weitere Gespräche mitnehmen.

Landrat Guth gibt zu bedenken, dass man hier auch aufgrund hoher Investitionen lange Entscheidungswege habe.

Herr Michael Vettermann (FDP) freut sich, dass eine engere Verknüpfung der Verkehrsverbünde angestrebt werde und fragt an, ob auch eine engere Anbindung an das Rhein-Main-Gebiet geplant sei, was Herr Heilmann bejaht. Zum Dezember nächsten Jahres werde das Angebot durch zusätzliche fünf Direktverbindungen Kaiserslautern – Mainz erweitert. Wie bereits erwähnt habe man beim Schienenverkehr wegen der hohen Investitionskosten extrem lange Laufzeiten. Sobald der Verkehrsvertrag auf der Nahestrecke 2037 ausgelaufen sei, habe man die Chance, die Alsenztalbahn und die Nahestrecke in eine Ausschreibung zu packen, und somit in Bad Münster die Züge zu kuppeln, um dann eine umsteigefreie Verbindung bis nach Frankfurt zu haben. Es werde in der Zwischenzeit bereits versucht, das Angebot optimal zu gestalten, auch plane man, den Regionalexpress nach Koblenz zu optimieren, um Verbesserungen auf der Alsenztalstrecke zu bekommen.

Landrat Guth ist froh darüber, dass Herr Heilmann trotz des großen Gebietes, das Herr Heilmann verwalte, stets die Alsenztalbahn mit im Blick behalte, da es für den Donnersbergkreis eine strategisch wichtige Verbindung sei. Es sei aber schwierig, weitere Verbindungen nach Frankfurt aufgrund der dort gegebenen Struktur zu realisieren, hier stau es sich einfach zurück und lasse sich derzeit nicht weiter verdichten. Bis 2037 müssten auch Mainz und Frankfurt ihre Hausaufgaben machen, damit die entsprechende Kapazität auf der Schiene vorhanden sei.

Herr Gernot Koch (FWG) beklagt, dass es zu viele Verbünde, zu viele Preiszonen und zu viele Geltungsbereiche gebe und fragt, ob sich dies nun ändere. Ferner möchte er wissen, ob die Verknüpfung Bus und Bahn verbessert werde, und er weist außerdem auf einen kostenfreien ÖPNV hin.

Herr Heilmann erklärt daraufhin, ein kostenfreier ÖPNV sei sehr teuer und die Einnahmen müssten ausgeglichen werden, da sei man schnell im Millionenbereich, im Bereich des VRN wären es mehrere 100 Millionen Euro. Die Verbundstruktur ändere sich durch die neue Verbandsordnung nicht. Hier müsse man einfach schauen, ob man den Überlappungsbereich besser gestalten könne, wie bereits erwähnt. Bezüglich der

Abstimmung Bus – Bahn sei man dabei, ein ÖPNV-Konzept Pfalz gemeinsam mit dem VRN zu erarbeiten mit dem Ziel, dass auch im Busbereich das Netz verdichtet werde und auch den allgemeinen Busverkehr dadurch zu verbessern.

Frau Rita Beck (B90/Die Grünen) fragt, wie weit das Haltestellen-Kataster erarbeitet sei und ob mit einer weiteren Verzögerung zu rechnen sei. Herr Heilmann erwidert, dass die neue Verbandsordnung keinen Einfluss darauf habe. Bis wann das Kataster fertiggestellt sei, werde er noch im Detail nachliefern.

Detail-Information:

Herr Heilmann teilt mit: „Wir haben vom Verkehrsverbund Rhein-Neckar zum Thema Haltestellenkataster die Information erhalten, „dass das Haltestellenkataster fertiggestellt sei. Die Nacherhebung wurde am 31.03.2022 beendet.“

II. Beschluss:

Auf Basis des einstimmigen Grundsatzbeschlusses bezüglich der neuen Verbandsordnung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd am 13.12.2021 beschließt der Kreistag des Donnersbergkreises die in der Anlage 2 zu dieser Vorlage beigefügte neue Verbandsordnung des ZÖPNV RLP Süd.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion:

Fusionsgespräche der Sparkassen Donnersberg
und Rhein-Haardt

I. Sachverhalt

„SPD-Fraktion im Kreistag
des Donnersbergkreises
Erlenberg 30, 67806 Rockenhausen
Tel.: 06361/5226
fuhrmanngerd@t-online.de

Rockenhausen, 6.2.2022

Herrn
Landrat Rainer Guth
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
Uhlandstraße

67292 Kirchheimbolanden

Aufnahme als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Kreistages Donnersbergkreis: "Fusionsgespräche der Sparkassen Donnersberg und Rhein-Haardt"

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD Fraktion bittet in der nächsten Sitzung des Kreistages zu dem vorgenannten Punkt in der Tagesordnung über die Verhandlungen der Sparkassen Donnersberg und Rhein-Haardt zu berichten .Es geht insbesondere um die aktuelle Information des Sachstandes und Diskussionsbeiträge zu diesem Thema.

Vielen Dank.

Freundliche Grüße

Gerd Fuhrmann
Vorsitzender der SPD Kreistagsfraktion“

Herr Gerd Fuhrmann (SPD) bittet – nachdem die Rheinpfalz über Fusionsgespräche der beiden Sparkassen berichtet habe - Herrn Landrat Guth um Mitteilung des aktuellen Sachstandes.

Herr Landrat Guth kann dem, was in der Zeitung stand, nichts hinzufügen, da es keine weiteren Neuigkeiten gebe. Am 15.03.22 finde die nächste Verwaltungsratssitzung statt, wo man sich nochmals mit Fusion befassen werde. Es sei ein ergebnisoffenes Gespräch zweier gesunder Sparkassen, welches insbesondere aufgrund der andauernden Niedrigzinsphase kleinere Banken umtreibe und diese sich mit dem Thema auch befassen müssten. Die Sparkasse Donnersberg sei fast die einzige im Land, die sich bisher noch nicht mit einer Fusion befasst habe. Dies zeuge von innerer Stärke der Sparkasse und man könne selbstbewusst in diese Gespräche gehen und ggf. gut in eine bessere Kooperation einbringen. Die Gespräche seien also völlig ergebnisoffen, man versuche für die Kunden der Sparkasse Donnersberg und die Mitarbeiter/innen die Zukunft zu gestalten und dazu müssten auch Optionen geprüft werden. Anspruch sei, die Sparkasse in der Region zu stärken und die Kundennähe zu halten.

Herr Michael Cullmann (SPD) war sehr überrascht über den Artikel in der Rheinpfalz. Er hegt die Befürchtung, dass bereits ein Weg eingeschlagen wurde, der ihm nicht gefallen werde. Es gehe nicht darum, eine kranke Sparkasse zu retten, sondern sie stehe auf guten Füßen, er spricht hier den Vorständen seinen Dank aus für gute Arbeit. Es gab auch durchaus Fusionen, welche abgelehnt wurden. Er weist heute schon darauf hin, dass es kein „Muss“ sei, sondern dass man als Donnersbergkreis gut überlegen sollte, diesen Weg mitzugehen. Er zitiert aus einem Gutachten von Herrn Prof. Dr. Henneke: „Fusionen auf Kreisebene sind aus kommunaler Perspektive grundsätzlich als unproblematisch einzustufen. Kreisübergreifende Fusionen sind vertretbar, wenn sie sich in Orientierung an wirtschaftlichen Zusammenhängen und in überschaubaren Räumen mit einer nach wie vor möglichen örtlichen und kundennahen Verankerung vollziehen.“ Dies sehe er im vorliegenden Fall nicht und deshalb erschließe sich mit der Sparkasse Rhein-Haardt nicht das Ziel dieser Fusion. Wenn es denn soweit käme, gäbe es sicherlich noch einige Punkte, die ausdiskutiert werden müssten. Er weist in diesem Zusammenhang auf Schritte in Bezug auf das Krankenhaus hin, die Einschnitte in die Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land gebracht hätten und er möchte hier frühzeitig seine Bedenken gegen diese Vorgehensweise äußern und appelliert, die Interessen der westlichen Seite des Donnersbergkreises nicht zu vergessen.

Landrat Guth erklärt, Sitz der Sparkasse sei in Rockenhausen und man habe hervorragende Mitarbeiter/innen aus Rockenhausen und der Umgebung und der Struktur wolle man keinen Schaden zufügen. Man müsse die Sparkasse aber so aufstellen, dass diese Strukturen vor

Ort gehalten werden können. In anderen Schriften würden auch Prof. Dr. Henneke und Herr Schleweis empfehlen, dass man sich bewegen müsse, wenn man die Herausforderungen annehmen möchte. Die Herausforderungen für Banken mit einem Filialnetz und einer engen Betreuung von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort seien groß. Man konkurriere mit Online-Banken, die sehr schlank aufgestellt seien. Dieses Prinzip wolle man nicht und kämpfe auch dafür. Er könne durchaus sagen, dass es bisher keinen Dissens in dieser Frage bei den Verwaltungsräten gegeben hätte. Gemeinsam müsse man nun gute Lösungen finden. Sollte ein Gutachten zu einem Ergebnis kommen, dass eine solche Fusion keinen Mehrwert habe, dann müsse man diesen Weg auch nicht gehen. Man dürfe nur nicht in die Lage kommen, zu einer Fusion gezwungen zu werden.

Herr Winfried Hammerle (Freie Liste Nordpfalz) zeigt die ersten negativen Schritte in eine solche Richtung auf: Die Zweigstellen Alsenz und Obermoschel seien geschlossen worden, daran erkenne man, wo der Weg hinführen werde. Es werde wieder zum Nachteil der ländlichen Bevölkerung sein, wenn es zu einer Fusion komme. Man sehe das am Beispiel der Volksbank, wo eine Filiale nach der anderen komplett schließe.

Landrat Guth weist darauf hin, dass bei Schließung einer Filiale Grund sei, dass diese nicht mehr frequentiert wurde. Auch das sei ein Punkt, den man anerkennen müsse. Online-Kunden gingen nicht mehr auf die Bank. Hier könne sich jede/r selbst überprüfen, wie oft sie/er vor 10 Jahren zur Bank gegangen sei und wie oft sie/er dies heute tue. Die Sparkasse verstehe sich als steter Verbündeter der Kommunen und kurze Wege für Kundinnen und Kunden habe Priorität.

Herr Michael Vettermann (FDP) betont, die Sparkasse Donnersbergkreis sei sicherlich für alle Anwesenden sehr, sehr wichtig und appelliert an den Vorstand, dass die Sparkasse Donnersberg so existent bleibe dass man darauf zähle.

Herr Michael Groß (SPD) bittet Herrn Landrat Guth, aufgrund der Brisanz des Themas auf kurzen Wegen auf dem Laufenden zu halten und ggf. auch in nichtöffentlichen Punkten darüber zu berichten. Über die Zeitung etwas zu erfahren, sei für alle unangenehm. „Es gibt nichts Neues“, sei auch eine Information.

Landrat Guth dies zu.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen:
Antrag zum Ausbau der Schienenstrecke Kirchheimbolanden - Alzey - Mainz und Machbarkeitsstudie zur Wiederherstellung des Lückenschlusses zwischen Kirchheimbolanden und Marnheim

I. Sachverhalt

Herr Rudolf Jacob (CDU) erläutert den Antrag:

„Antrag der Fraktionen CDU, FWG und Bündnis 90/Die Grünen

Antrag zum Ausbau der Schienenstrecke Kirchheimbolanden – Alzey – Mainz und Machbarkeitsstudie zur Wiederherstellung des Lückenschlusses zwischen Kirchheimbolanden und Marnheim

I. Stufenweiser Ausbau und Elektrifizierung der Schienenstrecke Kirchheimbolanden – Alzey – Mainz

Begründung:

Im Mai 2019 haben die Landräte Dorothea Schäfer, Rainer Guth, Ernst-Walter Görisch und der Oberbürgermeister der Stadt Mainz Michael Ebling, den damaligen rheinland-pfälzischen Minister für Verkehr und heute Bundesverkehrsminister Herrn Volker Wissing aufgefordert, den bereits im Jahr 2007 und 2015 seitens der Landesregierung zugesagten Ausbau der Schienenstrecke Kirchheimbolanden - Alzey - Mainz zu forcieren.

Mit dem Ausbau der Strecke Kirchheimbolanden – Alzey – Mainz können erheblich Probleme (Verspätungen, Ausfall von Zügen und Sperrungen bei Wartungsarbeiten) behoben werden. Diese Schienenstrecke ist eine wichtige Verbindung für die ÖPNV-Erschließung des östlichen Donnersbergkreises mit Rheinhessen und dem Rhein-Main-Gebiet. Die Verkehrswende und die Zusagen der Bundesregierung mehr Augenmerk (und Finanzen) für den Ausbau der Schienenstrecken begünstigen den jetzigen Zeitpunkt für diesen Beschluss.

Uns ist bewusst, dass der zweigleisige Ausbau der Strecke Kirchheimbolanden bis Mainz nicht über die Gesamtstrecke möglich ist. Daher fordern wir den Ausbau überall da, wo es raumplanerisch machbar ist, um mehr Begegnungsverkehr und Ausweichmöglichkeiten zu bieten. Nur so kann diese Schienenstrecke dauerhaft attraktiv, wirtschaftlich und zukunftsgewandt bleiben.

II. Machbarkeitsstudie zur Wiederherstellung der Schienenstrecke Kirchheimbolanden - Marnheim

Begründung:

Um eine durchgängige Schienenverbindung zwischen den Oberzentren Mainz und Kaiserslautern zu ermöglichen, wird die Landesregierung aufgefordert zunächst eine Machbarkeitsstudie für die Wiederherstellung der früheren Schienenverbindung Kirchheimbolanden – Marnheim (siehe Abbildung) zu erstellen.

Die Wiederherstellung kann nur umgesetzt werden, wenn die Schienenverbindung zwischen Mainz und Kaiserslautern im nächsten Bundesverkehrswegeplan (2030) aufgenommen wird. Voraussetzung hierfür ist die Qualifizierung der Strecke für den überregionalen Verkehr (Schienenpersonenfernverkehr und Schienengüterverkehr).

Mit der Wiederherstellung der Schienenverbindung Kirchheimbolanden – Marnheim würden diese Voraussetzungen erfüllt.

Auf der Grundlage des Grundsatzbeschlusses des Kreistages aus 2017 zur Wiederherstellung des Lückenschlusses Kirchheimbolanden – Marnheim, beschließt der Kreistag die Weiterleitung dieses Beschlusses an die Landesregierung mit der Aufforderung eine Machbarkeitsstudie zu Wiederherstellung der Schienenstrecke Kirchheimbolanden – Marnheim, um eine durchgängige Schienenverbindung zwischen den Landesoberzentren Mainz und Kaiserslautern zu ermöglichen.“

Rudolf Jacob (CDU) begrüßt ausdrücklich, dass man beim Schienenverkehr-zweckverband die Machbarkeitsstudie für die Eistalbahnen Enkenbach-Ramsen angeschoben habe, dies unterstütze man selbstverständlich auch, hier habe man jedoch keinen aktuellen Handlungsbedarf. Über die möglichen Verbesserungen bei der Alsenzalbahn habe man ja bereits bei TOP 7 gesprochen. Man müsse alle Karten spielen, um die Region ÖPNV-mäßig besser an die Zentren anzubinden. Mit diesem Lückenschluss und einem perspektivischen direkten Bahnverbindungen von großem Vorteil für den Kreis sei. Auch wenn es in den Verkehrswegeplan 2030 aufgenommen werde, wird dies sicherlich noch Jahre dauern, bis es

zur Umsetzung kommt. Er findet es jetzt den richtigen Zeitpunkt, diese Initiative beim Land nachdrücklich in Erinnerung zu bringen, hier eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.

Frau Hanna Gelbert (B90/Die Grünen) verlässt um 18.05 die Video-Konferenz.

Bezüglich der Eistalstrecke informiert Landrat Guth, dass man zunächst noch eine Änderung der Bundesrichtlinie warte, die den CO²-Vorteil im Schienenverkehr aufnehme, bevor man mit der Kosten-Nutzen-Analyse starte.

Hinsichtlich der Verbindung Kirchheimbolanden – Mannheim stehe man vor einem historischen Erbe, welches 1945 weggesprengt wurde. Es müssten Alternativtrassen gefunden werden, da in Kirchheimbolanden die Strecke überbaut worden sei. Es war von Beginn an klar, wenn die Zellertalbahn auf den Weg gebracht sei, dass man auch diesen Lückenschluss angehen müsse. Es werde keine schnelle Lösung geben, es seien weite Wege, aber man müsse beginnen.

Herr Christian Ritzmann (FDP) sagt zu, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze, da es sich um Forderungen der FDP von seit mehr als 20 Jahren handele. Man sollte jedoch nicht nur diese Trasse fordern, sondern auch, dass man mit dieser Trasse in das S-Bahn-Netz des Rhein-Main-Zentrums angebunden werde, so dass der Donnersbergkreis damit verknüpft werde. Dies sei perspektivisch gesehen das, was man im Donnersbergkreis benötige. Man sollte den Antrag dahingehend erweitern. Ansonsten sei es eine sehr gute Initiative und er dankt dafür.

Herrn Gustav Herzog (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion werde beiden Teilen des Antrags zustimmen. Es sei für beide Teile der richtige Zeitpunkt, um zu sagen, wie der Kreis es gerne hätte. Er möchte jedoch auf eine Veränderung der gesamten Verkehrspolitik hinweisen: In der Vergangenheit habe man von der Infrastruktur her gedacht und dann den Fahrplan erstellt, zwischenzeitlich sei es nicht nur beim Bund, sondern auch im Nahverkehr so, dass man die Frage nach dem Zielfahrplan stelle. Wenn man sich darauf verständigt habe, werde danach entsprechend die Infrastruktur ausgebaut. Stichwort Deutschlandtakt, hier werde festgelegt, dass zwischen den großen Ballungszentren der Republik im Halbstundentakt gefahren werde und entsprechend müsse dann investiert werden, damit diese Anbindung funktioniere. In Rheinland-Pfalz kenne man diesen Takt bereits.

Bei der Anbindung Kirchheimbolanden-Mainz gehe es jetzt zunächst einmal darum, dass auf bestimmten Streckenabschnitten Überholgleise gebaut würden, um die Anbindung optimieren zu können. Er macht aber auch darauf aufmerksam, dass die Probleme oft durch Personalmangel verursacht seien. Rhein-Main sei dicht, dies sei bereits erwähnt worden. Ohne eine Verbesserung der Situation dort, habe man keine Chance mit weiteren Direktzügen dort einzufahren.

Zum Teil 2 des Antrages erklärt er, dass der Bund nur eine solche Strecke aufnehmen werde, wenn es um Transport von Gütern und Personen im Fernverkehr gehe. Es werde sicherlich ein dickes Brett zu bohren sei. Hier sehe man bisher nämlich seitens der Bahn noch nicht die Notwendigkeit, da die vorhandenen Kapazitäten ausreichen würden. Er finde es jedoch gut, den Antrag für eine Machbarkeitsstudie zu stellen. Es sei gut wenn man Argumente habe, wenn über den Bundesverkehrswegeplan entschieden werde. Das Land könne dann entsprechende Anträge stellen. Bei früheren Verkehrswegeplänen sei es noch so gewesen, dass Privatpersonen und Kommunen Vorschläge unterbreiten konnten, die dann geprüft werden, aber er wisse nicht, ob dies auch zukünftig noch so sein werde.

Landrat Guth findet es zeitlich passend, dass man parallel zu den Planungen in Frankfurt auch vor Ort mit entsprechenden Planungen und Überlegungen beginne.

Herr Kreisbeigeordneter Huy verlässt um 18,15 Uhr die Sitzung, Herr Dieter Hartmüller (CDU) und Herr Tobias Adam (AfD) verlassen um 18.15 Uhr die Video-Konferenz.

Frau Jaqueline Rauschkolb (SPD) unterstützt das Projekt und ist gespannt auf die Machbarkeitsstudie. Die Eistalbahn sei aus ihrer Sicht nicht weniger wichtig, da die Anbindungen für Schulen etc. sehr schlecht seien. Sobald die Bundesverkehrsrichtlinie in Kraft trete, sollte man dort zügig weitermachen, um die entsprechenden Signale zu setzen.

Dies sagt Landrat Guth zu.

Herr Michael Cullmann (SPD) bringt erneut die Alsenztalbahnstrecke zur Sprache. Ihm würde gefallen, wenn man in Bad Münster Züge kuppelt bzw. entkuppelt. Lange Vertragslaufzeiten stünden derzeit im Wege, aber er ist der Meinung, man könne hier durchaus Lösungen finden. Die Realisierung sei wesentlich günstiger als ein Streckenneubau. Außerdem würde auch er es begrüßen, wenn diese Bahn eine Anbindung an das S-Bahn-Netz des Rhein-Main-Gebietes geben könnte. Gegebenenfalls gebe es auch Alternativen zur Elektrifizierung.

Prof. Dr. Jamill Sabbagh, Kreisbeigeordneter, berichtet, der damalige Minister habe 2019 geantwortet, dass es ohne den Lückenschluss keine Chance gesehen werde, die Rheinhessen-Strecke in den Bundesverkehrswegeplan für den Fernverkehr aufzunehmen. Alzey-Mainz werde rege genutzt, aber ein Zugausfall oder eine Verspätung löse eine Kettenreaktion aus, da die Spur eingleisig sei. Bei Zweigleisigkeit sei auch die Voraussetzung für eine S-Bahn-Strecke geschaffen. Er findet die Zeit sehr günstig, Schienen zu reaktivieren und auch neu zu bauen. Wenn man die Verkehrswende wolle, müsse man auch in diese Richtung denken. Man denke allerdings über lange Zeiträume hinweg.

Frau Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) möchte an dieser Stelle noch die Zellertalbahn erwähnen, derzeit würden gerade wieder Instandsetzungsarbeiten laufen, was sehr interessant sei. Es gebe einige Jubiläen auf Landes- und Bundesebene der Schiene in diesem Jahr, man könnte dies ja nutzen, auch einmal als Kreis zu feiern, um zu signalisieren, dass man die Schiene stärke.

Landrat Guth fasst dahingehend zusammen, dass man in allen Ebenen und in allen Regionen des Kreises „pro Schiene“ agiere und dies mit großem Elan. Es müsse weiter getriggert werden. Einer Feier stehe er grundsätzlich offen gegenüber, sofern die Rahmenbedingungen passen würden.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt dem Antrag der Fraktionen CDU, FWG und B90/Die Grünen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: Antrag der FDP-Fraktion: Partnerschaft mit einem Rajon (Landkreis) in der Ukraine

I. Sachverhalt

Herr Michael Vettermann (FDP) verlässt um 18.25 Uhr die Video-Konferenz.

Herr Christian Ritzmann (FDP) erläutert den Antrag und welche Gründe dazu bewegt hätten:

Ihm sei bewusst, dass zunächst im Vordergrund stehe, dass humanitäre und militärische Hilfe auf den Weg gebracht werden müssten. Im humanitären Bereich sei er sehr froh, dass die Kommunen bereits am Arbeiten seien und dankt persönlich dafür.

Alle hofften, dass dieses Blutvergießen bald zu Ende sei und danach stünde man in der Verantwortung, der Ukraine so schnell wie möglich den Weg in die Europäische Gemeinschaft zu ebnen. Es sei sehr bewegend gewesen, wie Selenski vor dem EU-Parlament gesprochen habe. Wie solle jedoch ein solcher schneller Beitrittsprozess funktionieren, wenn nicht – dort wo die Kompetenzen (wirtschaftliche und kommunale Bereiche) vorhanden seien - der Neuaufbau in der Ukraine unterstützt werde. Es über eine Partnerschaft zu einem Landkreis zu lösen, solle ein Anstoß sein, dass Kommunen jeweils Gebietskörperschaften dort jetzt schon als Commitment zur Verfügung stellen. Das sei der Hintergrund dieses Antrags. Die Ausgestaltung müsse dann noch konkretisiert werden. Wenn Putin seinen Angriffskrieg verloren habe, müsse man in den Startlöchern stehen. Dieses Angebot solle dann vom Donnersbergkreis an die Ukraine herangetragen werden.

Landrat Guth erklärt, in Anbetracht der derzeitigen Lage falle es ihm schwer, daran zu glauben, dass es zeitnah zu einer friedlichen freiheitlich-demokratischen Ordnung in der Ukraine komme. Er hoffe es sehr und für diesen Fall könnte man sich selbstverständlich auch positionieren. Es würde ihm besser gefallen, wenn der Deutsche Landkreistag so etwas auf den Weg bringen würde, um den ukrainischen Landkreisen (sofern es diese dann geben werde) eine Hilfe über die ganze Fläche anzubieten. Er bittet um Wortmeldungen, ob man

sich jetzt dieser Thematik widmen sollte oder ob man es vertagen sollte um etwa ein halbes Jahr, um zu sehen, wo die Ukraine dann stehe.

Christian Ritzmann (FDP) ist der Meinung, man könne den Antrag erweitern, dass man dem Deutschen Landkreistag die beispielhafte Initiative des Kreises dort vorschlage und dort ein entsprechendes Angebot geschaffen werde.

Herr Winfried Hammerle (Freie Liste Nordpfalz) begrüßt die Initiative grundsätzlich, denkt aber, es sei der falsche Zeitpunkt und spricht sich für eine Vertagung aus, bis die Situation in der Ukraine etwas klarer sei.

Herr Rudolf Jacob (CDU) möchte den Vorschlag grundsätzlich nicht ablehnen. Sofern die Rahmenbedingungen geklärt seien und stimmen würden, sei er bereit, sich zu engagieren. Er sei insgesamt überwältigt, von der derzeitigen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Für ihn seien zwei Wege bezüglich des Antrags vorstellbar: a) vertagen, b) Absichtserklärung, bei geklärten Rahmenbedingungen die Dinge anzugehen. Er könne sich nicht vorstellen, offiziellen Vertretern eines russische Vasallenstaates Hilfe zu leisten.

Herr Gustav Herzog (SPD) findet es derzeit auch nicht den richtigen Zeitpunkt, Kontakt aufzunehmen. Man sollte dem Landkreistag den Wunsch des Donnersbergkreises mitteilen, dass man – sofern es die Verhältnisse zulassen würden – an einer Partnerschaft interessiert sei. Ergänzend schlägt er vor, dass auch über ein Dreiecksverhältnis (eine polnische Partnergemeinde von Rockenhausen habe Kontakt in die Ukraine aufgenommen) über bereits bestehende Partnerschaften Hilfe geleistet werden könne. Göllheim z. B. habe damit gute Erfahrungen gemacht.

Herr Dr. Ernst Groskurt (B90/Die Grünen) findet den Zeitpunkt unpassend, jedoch begrüße er sehr, eine Absichtserklärung abzugeben.

Herr Christian Ritzmann (FDP) verdeutlicht nochmals, dass dieses Angebot sich natürlich nur auf eine freie Ukraine beziehe. Die Beiträge passen für ihn alle zusammen. Ziel sei es gewesen, eine Absichtserklärung abzugeben. Diese könne man gerne an den Landkreistag richten, unterstützend fände er auch eine Mitteilung an die ukrainische Botschaft sinnvoll, um zu verdeutlichen, welchen Weg in der Zukunft der Kreis mitgehen würde, wenn es die Umstände erlaubten. Dieses Zeichen könnte man als Kreis gerne jetzt setzen.

Frau Ursula Grünewald (B90/Die Grünen) verlässt um 18.35 Uhr die Video-Konferenz.

II. Beschluss

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt Folgendes:

Die kommunale Familie des Donnersbergkreises unterstützt eine freiheitlich demokratisch orientierte Ukraine mit der Partnerschaft zu einer anderen kommunalen Familie, einem Rijon (Landkreis), sobald die Zeit dafür reif ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 11 der Tagesordnung: Anfragen und Mitteilungen

I. Sachverhalt

Traglufthalle

Zum Thema Traglufthallen über einem Schwimmbad gibt Landrat Guth bekannt, dass es derzeit eine Arbeitsgruppe gebe, die sich mit dem Thema beschäftige. Sie bestehe aus dem Sportbund Pfalz, dem Kreis und den Sportvereinen. Die Verbandsbürgermeister würden über die Themen jeweils informiert. Man habe Exkursionen unternommen nach Mainz und nach Worms, eine nach Mombach stehe noch aus. Es kristallisiere sich eine Summe für die Anschaffung von 500.000 Euro zuzüglich Kosten für Wärmeräume/-umkleiden heraus. In der nächsten Runde wolle man mit einer Machbarkeitsstudie der Dt. Gesellschaft des Badwesens starten, um valide Daten und Kosten zu bekommen. Es handele sich um eine freiwillige Leistung, man denke jedoch, dass man mit Unterstützung des Innenministeriums und des Sportbundes ein solches Vorhaben stemmen könne. Es fehle nicht nur an Schwimmkurs-Kapazitäten im Kreis, es fehle auch den Sport- und Schwimmvereinen an Trainingsmöglichkeiten.

Man habe derzeit rund 400 Kinder, die die Schuleingangsuntersuchung durchlaufen hätten, davon könnten 7 % schwimmen. Der Prozentsatz bei Schülerinnen und Schülern der 9.

Klasse, die nicht schwimmen können, steige stetig an. Der Bedarf sei eindeutig. Es würden deshalb alle Optionen geprüft, die man habe.

Herr Winfried Hammerle (Freie Liste Nordpfalz) verlässt um 18.40 Uhr die Video-Konferenz.

Landrat Guth dankt für die Mitarbeit und schließt um 18.45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Landrat Rainer Guth dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 18:50 Uhr die Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises.

gez.
(Rainer Guth)
Landrat

gez.
(Sybille Gerlach)
Schriftführerin

ANWESENHEITSVERZEICHNIS

14. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises

in der 11. Wahlperiode 2019/2024

am Donnerstag, 03.03.2022, 15:00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

	Mitglieder	anwesend
--	------------	----------

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1.	Herr Michael Cullmann	anwesend
2.	Herr Gerd Fuhrmann	anwesend
3.	Herr Michael Groß	anwesend
4.	Herr Gustav Herzog	anwesend
5.	Herr Dr. Said Kahla	entschuldigt
6.	Frau Claudia Manz-Knoll	anwesend
7.	Frau Christa Mayer	anwesend
8.	Frau Jaqueline Rauschkolb	anwesend
9.	Herr Bernd Frey	anwesend
10.	Herr Tristan Werner	entschuldigt
11.	Herr Christoph Stumpf	anwesend

Christlich Demokratische Union

12.	Herr Klaus Hartmüller	anwesend
13.	Frau Inga Storck	nicht anwesend
14.	Herr Christopher Ströhla	anwesend
15.	Herr Dieter Hartmüller	anwesend
16.	Herr Helmut Schückler	anwesend
17.	Frau Simone Huth-Haage	anwesend
18.	Herr Rudolf Jacob	anwesend

19.	Herr Dr. Karl Landfried	anwesend
20.	Herr Dr. Marc Muchow	anwesend

Freie Demokratische Partei Deutschlands

21.	Herr Michael Vettermann	anwesend
22.	Herr Christian Ritzmann	anwesend

Freie Wählergruppe

23.	Herr Eberhard Hartelt	anwesend
24.	Herr Gernot Koch	anwesend
25.	Herr Steffen Antweiler	anwesend
26.	Herr Manfred Boffo	anwesend
27.	Herr Peter Funck	entschuldigt
28.	Herr Alexander Groth	anwesend

Bündnis 90/Die Grünen

29.	Frau Ursula Grünewald	anwesend
30.	Frau Rita Beck	anwesend
31.	Frau Hanna Gelbert	anwesend
32.	Herr Dr. Ernst Groskurt	anwesend
33.	Frau Lisett Stuppy	anwesend

Alternative für Deutschland

34.	Herr Hans Kellermann	anwesend
35.	Herr Stefan Baade	anwesend
36.	Herr Tobias Adam	anwesend

Die Linke (fraktionslos)

37.	Herr Helmut Schmidt	anwesend
-----	---------------------	----------

Freie Liste Nordpfalz (fraktionslos)

38.	Herr Winfried Hammerle	anwesend
-----	------------------------	----------

	Kreisbeigeordnete	
1.	Herr Wolfgang Erfurt	anwesend

2.	Herr Ernst-Ludwig Huy	anwesend
3.	Herr Prof. Dr. Jamill Sabbagh	anwesend
	weiter anwesend:	
	Frau Eva Hoffmann (Verwaltung)	
	Frau Judith Schappert (Verwaltung)	
	Frau Sebastian Stollhof (Verwaltung)	
	Frau Judith Mattern-Denzer (Verwaltung)	
	Frau Anke Fritsch (Verwaltung)	
	Herr Andre Schumacher (Verwaltung)	
	Frau Christine Krämer (Verwaltung)	
	Frau Röß, Inklusionsbeauftragte	
	Herr Heilmann, Verbandsdirektor SPNV Rh.-Pf. SÜD	
	Frau Sybille Gerlach (Verwaltung)	
	12 Gäste	

ABSCHLUSS

Tag der Einladung:	17.02.2022
Tag der Sitzung:	03.03.2022
Sitzungsort:	in Form einer Video-Konferenz
Beginn der Sitzung:	15.00 Uhr
Ende der Sitzung:	18.50 Uhr
Zahl der Mitglieder des Kreistages:	38
Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags:	34
Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages	4
Vorsitzender:	Landrat Rainer Guth
Schriftführer/in:	Sybille Gerlach